

# Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mitteldeutschland

erschint am jedem Montag nachmittags. Die Bezugs-Verträge sind in Halle und Land 3000,00 Mark, durch die Post bei reiner Zahlung monatlich 3000,00, in den Pauschalpreisen abgehört 3000,00 monatlich. Die abgehörten Postgebühren sind in der ersten Hälfte des Monats 100,00, in der zweiten Hälfte 100,00. Halbesche Postgebühren sind 100,00. Halbesche Postgebühren sind 100,00. Halbesche Postgebühren sind 100,00.

Verleger: Halle a. S., Neue Promenade 14 und Große Braubaustraße 17, Fernsprecher-Nr. 2222. Druck: Halle a. S., Große Braubaustraße 17, Fernsprecher-Nr. 2222. Druck: Halle a. S., Große Braubaustraße 17, Fernsprecher-Nr. 2222.

## Kuhrforgen in London.

Scharfer Vorstoß im Unterhaus gegen Poincares Rechtsbeugung / Das Ergebnis von Rom / Amerikanische Bankiers nach Deutschland / Ein Friedensschritt des Papstes / Ausdehnung der Zollgrenze.

### Die vierte Ruhrdebatte.

London, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) An Stelle Lord Georges brachte im Unterhaus der Nationalliberale Sir Edward Gigg die Ruhrfrage zur Sprache. Er sagte, sie habe erhitlichen Einfluß auf die britische Industrie, und man hoffe, die Regierung werde Schritte tun, um eine bessere Behandlung für die britische Industrie von ihrem französischen und belgischen Alliierten zu erlangen. Der britische Handel mit dem Kontinent könne nie wieder hergestellt werden, ehe die Ruhrbelegung nicht beendet ist und eine neue Politik eingeschlagen werde. Deutschland habe die Bestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt und sei jetzt völlig entwaffnet. Er glaube, daß die Reparationen gar nicht mehr der Mittelpunkt der französischen Politik seien. Frankreich verfolge vielmehr eine neue Politik, die die Virenennung von Follis- und Gebietsfragen von Deutschland bedeute. Wenn England diese Politik unterstütze, so bedeute das nichts anderes, als daß es die Verpflichtung übernehmen wolle, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen und Deutschlands Souveränität für alle Zeit zu beschränken. Das bedeute eine unvermeidliche Explosion in kommenden Jahren. Die Regierung möge die Hebräer-Dominions in der ganzen Angelegenheit zu Rate ziehen. — Nach Gigg sprach Sir E. M. L. Wrighton G. O. S., bezeichnend ein Willkür der letzten Koalitionsregierung und Teilnehmer an der Pariser Konferenz vom Januar. Er betonte die Notwendigkeit, Frankreichs Argwohn, daß England ihm bei der Erlangung der Reparationen im Wege stünde, zu beseitigen. England sei im Gegenteil bereit gewesen, jeden praktischen Vorschlag zu unterstützen. — Als nächster Redner lenkte Aquil die Aufmerksamkeit auf

des Schatzkanzlers Baldwin auszulassen, der im Regierungsamtenspruch. Bei der dritten Verhandlung über die Ruhraktion wurde der Antrag auf ein vermittelndes englisches Eingreifen mit einer ganz geringen Mehrheit abgelehnt. Jetzt steht es laut so aus, als ob sich die Abstimmung über die politische Ratsstiftung der englischen Regierung verliert. Nebenfalls gibt die Tatsache zu denken, daß Lord George im letzten Augenblick darauf verzichtete, den Angriff gegen Bonar Law wiederum selbst vorzutragen, und seinen Abzuziehen das Feld überließ. Wollte er darauf verzichten, Bonar Law den Todesstoß zu versetzen, von dem gestern gemeldet wurde, daß er sich in einem kritischen Zustand von Nervosität befinde und deshalb nicht selbst das Wort ergreifen könne, und von dessen bevorstehendem Rücktritt die Radioagentur heute meldet. (Wir geben die Nachrichten an anderer Stelle wieder.) Jedenfalls steht es laut so aus, als ob sich in England entzündet die Ruhraktion ein interparteiliches Umlagerungsvorbereitet, dessen außenpolitische Wirkungen auch für uns von größter Bedeutung sein würden. Wie sich die Dinge auch gestalten mögen, vorerst haben wir mit der gestrigen englischen Regierungserklärung zu rechnen und die heißt für uns: England wird nicht die Ruhr und nicht daran, um Deutschlands willen sich mit Frankreich zu verfeinden.

### Die künftige Broterzeugung.

Von Dr. Lutzer, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Aufmerksame Zeitungsleser wissen, daß der Reichstag in die Osterferien gegangen ist, ohne daß eine Abstimmung über die Grundlinien der Getreidepolitik des nächsten Erntejahres zustande gekommen war. Die Umrisse der zukünftigen Beschlußfassung und der Stellungnahme der Reichsregierung dazu sind in diesen Tagen abgezeichnet, daß nach aller Voraussicht das Ergebnis folgende ist. Die einzige, freilich sehr wichtige unmittelbare Wirkung dieses Ergebnisses, das an Stelle der bisherigen Zwangsumlage die freie Getreidepolitik zum Ausgangspunkt nimmt, wird und muß die sein, daß die deutschen Landwirte alles aufbieten, was als Teil der Frühjahrsernte so möglich ist, um dem deutschen Volk eine reichliche und gute Getreideernte zu liefern. Die Voraussetzung, nicht mehr unter wirtschaftlichen Hemmnissen und überflüssigen Eingriffen bei der Getreidepolitik zu stehen, muß der Anstoß für den deutschen Landwirt werden, auch alle Archimede der Gegenwart und künftigen Schwierigkeiten, die dem einzelnen aus der in der notwendigen Marktbesetzung erwachsen, sind nach der Möglichkeit zu überwinden. Das wird die erste Einlösung des Versprechens der deutschen Landwirtschaft sein, bei Freigabe des Getreideertrages vom Zwang die deutsche Volksernährung dauernd erfolgreich besser zu lassen. Die künftigen Folgeerscheinungen der zu erwartenden Reichstagsentscheidungen werden, da es sich um das nächste Erntejahr handelt, der Bevölkerung insgesamt nur dem Verbit sichtbar werden. Eine Steigerung des sogenannten Vorkapitalertrages der Reichsgetreideernte, die Rückwirkungen in der Brotpreis haben würde, übrigens zuseit in keiner Weise beschränkt ist, würde eine Angelegenheit des laufenden und der Umlage beruhenden Erntejahres sein, in dem, wie bekannt, ein sehr großer Abstand zwischen den Ausgaben und den Einnahmen der Reichsgetreideernte entstanden ist. Auch die Frage, wie lange und in welchem Umfange die Verteilungswirtschaft mit ihrem Kartennutzen in das nächste Erntejahr hinein noch fortgesetzt werden soll, muß bis auf weiteres offen bleiben; zureichende Möglichkeiten nach dieser Richtung sind durch die Höhe der beschlossenen Reserve (3 1/2 Mill. Tonnen) vorgehen.

### Die bemerkenswerten Erklärungen von Poincaré

vor dem Auswärtigen Ausschuss des deutschen Reichstages. Er möchte gerne wissen, ob Poincaré Anzeichen der britischen Regierung vorzulegen worden seien. Im Hinblick auf den Vorschlag einer Entmilitarisierung des Rheinlandes meinte er, Frankreich im Vertrag über den Vertrag sehr angemessene Sicherheit gegen künftige Gefahren nach Deutschland zu erhalten. Die geringste Verletzung dieser Bestimmungen durch Deutschland sei ein selbständiger Akt nicht allein gegen Frankreich, sondern gegen alle unterzeichneten Mächte. — Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, wies dann den Gedanken zurück, daß die Regierung eine Fortsetzung dieses grimmigen Kampfes dulden werde, bis die eine oder die andere Partei unterlegen sei. Er meinte, die Regierung solle Frankreich ganz bestimmt fragen, was denn seine wahre Politik sei und was es mit einer fortwährenden Besetzung erlangen wolle. Für die Regierung antwortete ein Mitglied des erkrankten Ministerpräsidenten Bonar Law der Schatzkanzler Baldwin. Er erklärte, in den letzten beiden Monaten habe eine tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen England und seinen Alliierten bestanden hinsichtlich der eingeschlagenen Politik gegen Deutschland. Die Franzosen hätten dabei behauptet, daß sie einen Schritt gehen könnten, den die Alliierten nur bei sich selbst angedacht hätten. Die Frage, ob diese Politik eine bevorzogene Frage, ob diese Politik richtig ist. Im August hätten sich die Franzosen ebenfalls merklich überreitet gezeigt, eine Intervention in irgendwelcher Art anzunehmen.

### Eine englische Regierungskrise?

Paris, 28. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Radioagentur meldet der Schatzkanzler Baldwin die verschiedenen Gerüchte über die bevorstehende Demission Bonar Law. Der Ministerpräsident, der bereits im Ministerium Lord George aus Gesundheitsrücksichten vom Posten eines Führers der Kammer zurücktreten mußte, und der sich von der unangenehmen Arbeit seines jetzigen Amtes sehr ermüdet fühlt, soll auch mit dem Erlösen seines Postens, die von verschiedenen Seiten schon bekämpft wird, nicht mehr zufrieden sein. In parlamentarischen Kreisen wird bereits nach einem Ersatz für den zurückgetretenen Schatzkanzler Bonar Law, der an einem inneren mehr hervorretenden Spezialisten erkrankt sein soll, der Schatzkanzler Baldwin.

### Ruhrausprache in der französischen Kammer.

Paris, 29. März. (Eig. Drahtmeldung.) In der französischen Kammer wird morgen eine Debatte über die Ruhrfrage erwartet, die aus die von der Regierung geforderte Genesung für die Sozialistischer Seite werden an dieser Debatte eine Reihe von Rednern teilnehmen, um die wirtschaftliche Bedeutung des Kredites wie auch die Fragen der politischen und persönlichen Freiheit im Ruhrgebiet zu besprechen. Auch die allgemeine Lage im Ruhr- und Rheingebiet soll Gegenstand der Diskussion werden. Ferner wird die Stellung der französischen Regierung in etwa zu erwartenden Verhandlungen mit Deutschland besprochen werden. Die letztere Frage wird von dem Abgeordneten Oriol, der in Berlin als Vertreter der französischen Sozialisten mit den deutschen Sozialdemokraten verhandelt, erörtert werden.

### Ein Friedensschritt des Papstes.

Paris, 29. März. (Eig. Drahtmeldung.) Das Kablogramm besagt, eines der wichtigsten Ergebnisse der letzten Verhandlungen in Rom dürfte ein Schritt des Papstes sein, gelegentlich des Durchlaufes eines Vertrags zwischen den Alliierten und der Ruhraktion der Welt beitragen. Er sei überzeugt, daß eine solche nicht möglich sei, wenn sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht besserten. Er erkenne an, wie berechtigt der Wunsch Frankreichs sei, eine Garantie für seine Sicherheit zu erhalten. Infolgedessen würde er beitragen, daß Frankreich und Deutschland einen Vertrag schließen, der gegenwärtig nicht anzu greifen. Dieser Vertrag würde allen Völkern der Welt unterbreitet werden, die sich verpflichten müßten, seine Durchführung zu garantieren und sofort einzugehen, falls Deutschland oder ein anderer Staat einander angreifen.

### Die Protokolle der Repso.

Berlin, 29. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die von der Reparationskommission der Reichsalliiertenkommission überreichte Protokolle des Beschlusses der Alliierten sind telegraphisch hierher übermittelt worden. Sie hat folgenden Wortlaut: „Anlässlich der außerordentlichen Einnahmen, die das Reich sich durch die eben erfolgte Ausgabe einer Goldanleihe verschafft hat, erinnert die Reparationskommission die deutsche Regierung an die Bestimmungen des Artikels 248 des Versailler Vertrages. Da die deutsche Regierung geglaubt hat, um eine Ausnahme von diesem Artikel nicht nachsuchen zu müssen, steht die Reparationskommission bereit, auf alle Mittel vorzugehen, die dem Reich zur Deckung des Finanzbedarfes und zur Rückzahlung der Anleihe bestimmt werden können, besonders wenn diese außerordentlichen Einnahmen nicht zur Begleichung der Reparationsalliierten verwendet wird.“ Die Reparationskommission geht von der möglichsten Annahme aus, daß sich das Reich durch diese Anleihe eine außerordentliche Einnahme geschaffen hat, und diese nicht nur zur Deckung der Reparationsraten zu verwenden gedenkt. Die ganze Entscheidung, die scheinbar bewußt von einer ganz falschen Voraussetzung ausgeht, macht durchaus den Eindruck, daß die Reparationskommission auf Drängen Frankreichs und, um Frankreich entgegenzukommen, wenigstens etwas in dieser Lage unternommen hat. Man kann kaum annehmen, daß den Verbündeten der ganze Komplex der Geldanleihe entgangen ist, die lange genug in der deutschen Öffentlichkeit mit aller gewünschter Deutlichkeit behandelt worden ist. Die Rolle der Reparationskommission ist deshalb auch nur als ein theoretisches, der Befriedigung französischer Eitelkeit und Großmännlichkeit dienendes Schriftstück zu betrachten.

Die zu erwartende Einführung der freien Wirtschaft, die übrigens in Österreich schon seit dem laufenden Erntejahr wieder besteht, ist nichts anderes als die Verwirklichung des Programms der Reichsregierung, das sich mit dem Programm der früheren Reichsregierung deckt, die übertrieben in jener Note vom 14. Novbr. 1922 an die Vertragsgegner von Versailles geschrieben hat: „Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsverpflichtung des Brotgetreides abgebaut werden. Bei einer Befreiung der Markt fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.“ Die jetzt erstreckte eingetretene Marktbesetzung hat zwar eine weitgehende Wirkung gehabt, indem durch sie das bisherige Anzeigensystem in eine Art Zwangsmaßnahme geraten ist dadurch, daß sich der Umlagenpreis dem freien Marktpreis fast angenähert hat. Das Deutschland werden dieser Erleichterung gerade in den letzten Wochen hat in den maßgebenden Kreisen, besonders auch im Reichstag, die Überzeugung von den äusseren Verboten, die einer Wiederholung der Umlage im Wege stehen, noch gefestigt. Dadurch rückt ganz in den Vordergrund der Gedankensatz, daß wenn die Landwirtschaft im nächsten Jahre von der Umlage frei sein soll, dies auch schleunigst bekannt werden müßte, damit günstige Wirkungen auf die Frühjahrsbestellung nach möglich ist. Bei diesem Sachverhalt sind die ersten Bedenken, ob die nach allen Richtungen zu weittragende Frage während des Ruhrkampfes überhaupt behandelt werden sollte, überwunden, und es ist im Reichstag unter Zustimmung der Reichsregierung schnell geworden.

Wie eindeutig der Sachverhalt jetzt ist, geht daraus hervor, daß mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, deren Antrag noch auf andere politische Ziele abzielt, sich kein Stimmgewicht im Reichstag für eine Umlage erhoben hat. Auch der sozialdemokratische Antrag zielt grundsätzlich auf den freimittleren Austausch von Stoffen und Prozeßgebühren ab. Er verneint auch die bisher mit der Umlage verbundene Unterbesetzung an den Landwirt, indem er die Austauschmengen an Stoffen annähernd im Friedensverhältnis gegen Getreide geben will. Bei der Durchführung dieses Planes würde nach den letzten Stichtagspreisen, die aber nicht ohne weiteres als unüberänderbar angesehen werden dürfen, der Landwirt sogar mehr bekommen als bei Besetzung des Getreides nach freiem Marktpreis, wie die Mehrheit des Reichstages sich wünscht. Der sozialdemokratische Antrag will eine sehr erwartete Erzeugungssteigerung herbeiführen, leider in einer nach Überzeugung der Reichsregierung und der Mehrheit des Reichstages unausführlichen Form. Die beiden großen Vorschläge, die im Reichstag einander gegenüberstehen, legen also im Gegensatz zum bisherigen Verfahren eine Unterbesetzung an den Landwirt nicht mehr vor. Wird das Richtige auf den Brotpreis erhoben? Die Wirkung auf den Brotpreis kann nicht abschätzbar sein. Die Schone jetzt beruht der verhältnismäßig sehr billigen Preis des Marktpreises nur zu einem recht geringen Teil auf der Unterbesetzung des Umlagegetreides. Bei jeder Mängel zu Auf der Höhe-

### Die Haltung der Franzosen

aus eines Teiles ihrer Alliierten, die mit ihnen handelten, habe dieses wieder die Methoden in den gewöhnlichen Zeiten zu einer Einigung führen können. Nur und nur verweigert die ganze Frage vor dem Rücktritt zu bringen, sei unterstellt worden wie jeder andere. Zu Macdonalds Befürchtung, daß dieser Kampf nicht enden werde, es nicht eine der Parteien gelingen sei, meinte Baldwin, ein solches Ende würde für Europa und die Welt verhängnisvoll werden. Er glaube, die Lage in Europa sei heute fast genau ähnlich der Englands am Anfang eines sehr ersten und ausgedehnten Streiks. Auch sei „ein großer Streik“ der verlässlichen Einkreuzen zu erwarten. Das sei die tiefe Wahrheit der heutigen Lage zwischen Frankreich und Deutschland. Er glaube, der Augenblick werde kommen, wo Englands Dienste für seine Alliierten und für Deutschland von unüschbarem Wert sein werden. Die Regierung ist in enger Verbindung mit der Lage sowohl hinsichtlich unserer Alliierten als auch Deutschlands. Wenn der Augenblick kommt, wo wir irgendeine einen Schritt vorwärts tun können, so werden wir ihn tun und werden dem Frieden näherkommen, auf den Europa so lange gewartet hat, und eine Regelung der Schulden und Reparationen werden, ohne die wir keine dauernde Befestigung des internationalen Handels leben können. Wir haben Vertrauen und Freundschaft zu unseren Alliierten bewahrt, und ich glaube, wir werden von Deutschland wieder als ehrlicher Unterhandler angenommen werden, wenn die Zeit kommt. Wir haben heute diesen Vorteil, und ich lege in diesem Augenblick nichts, was uns veranlassen sollte, von dem bisher eingeschlagenen Wege abzugehen.

Zum vierten Male hat es im englischen Unterhaus um den Antrag an die Ruhr einen großen Tag gegeben. Wenn auch die Richter, die auftraten nicht die Hauptfiguren der englischen Politik waren, Lord George und sein Gegenpol, der Ministerpräsident Bonar Law, so hat doch auch die zweite Rednergruppe Ausführenden gemacht, die zu hören für uns Deutsche wichtig und lehrreich genug ist. Gegenüber den früheren Vorfällen hat die Lord George'sche liberale Opposition den Tonfall gegen die Regierung verändert, während die jetzt ihre bisherige Vortragsweise fortzusetzen die Mühe hat. Nicht anders hat die Ausführungen

